

# SeniorInnen-Info



Hannover

Arbeitskreis Seniorinnen und Senioren  
der IG Metall Hannover

**Mai 2018**

## Tarifbewegungen 2017/2018



# Wir sind erfolgreich!

# Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dieses Jahr hat für uns tarifpolitisch sehr erfolgreich begonnen. Wichtige Tarifabschlüsse konnten wir sowohl in der Metall-/Elektroindustrie als auch bei VW und im Metallhandwerk erreichen. Wichtig vor allem deshalb, weil diese neuen Tarifverträge für hunderttausende Beschäftigte in ganz Niedersachsen gelten.

Seit März ist eine neue Bundesregierung im Amt. Sie wurde erneut aus CDU/CSU und SPD gebildet. Mit dieser »GroKo« werden wir uns erneut auseinandersetzen. Ob und was dies für die Beschäftigten bringen wird und was nicht, ist schon erkennbar. Im Bericht zur Delegiertenversammlung vom 17. Februar

werden einige Themen des Koalitionsvertrages angesprochen.

Die kriegerischen Konflikte haben in den letzten Jahren zugenommen. Insbesondere Syrien und Afghanistan sind von den verheerenden Kriegen der letzten Jahre fast völlig zerstört. Hunderttausende sind schon gestorben und geflüchtet. Für viele von uns überraschend ist die Atomkriegsgefahr in den letzten Monaten wieder rasant gestiegen. Abrüstung muss wieder zum Gebot der Stunde werden! Deshalb unterstützt die IG Metall den Aufruf »Abrüsten statt aufrüsten!«. ■

*Viktor Wittke*

---

## In diesem Heft

	Seite
Unsere Seniorenvollversammlung am 15. März 2018	3
Tarifbewegungen 2017/2018: Wir sind erfolgreich!	4
Jetzt die Petition unterschreiben! <a href="https://abruesten.jetzt/">https://abruesten.jetzt/</a>	7
Aus der Arbeit der Leitung des Arbeitskreises	8
Bericht von der Delegiertenversammlung am 17. Februar 2018	9
Wo bleibt das Geld?	12
Freunde sterben nicht wirklich, aber immer viel zu früh	13
Termine und Kontakte	14
Einladung zur Vollversammlung am 3. Mai 2018	16
Impressum	16

# Bericht Unsere Seniorenvollversammlung am 15. März 2018

Die Kollegin Katharina Grabietz vom IG Metall Vorstand referierte zum Thema »Herausforderungen und Weiterentwicklung der außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit«.

Grundlage für diese Arbeit sind Beschlüsse des Gewerkschaftstages 2015. Dort wurden Ziele der außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit definiert und weiterentwickelt.

Im Wesentlichen geht es um das Thema, Mitglieder, die nicht (mehr) durch betriebliche Strukturen erreicht werden, besser erreichen zu können und an der außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit zu beteiligen. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage: Wie können Mitglieder und ehemalige Funktionäre gewerkschaftlich aktiv werden bzw. bleiben?

Zu den Aktivitäten zählen: Bildung von Arbeitsgruppen, Durchführung von Seminaren und das Bemühen Mitglieder zu halten, auch durch Rückholgespräche. Eine gute Zusammenarbeit mit GewerkschaftssekretärenInnen ist eine wichtige Voraussetzung. Über diese Aktivitäten wird dann in unseren bestehenden Gremien berichtet, um sie bekannt zu machen. Unser

SeniorInnen-Info ist eine gute Möglichkeit, die wir nutzen.

Betrachtet man den Zeitraum bis 2017 sozialpolitisch, ist festzustellen, dass wir als Gewerkschaften zwar einige Verbesserungen durchsetzen konnten, aber die großen notwendigen Veränderungen, wie z.B. die nachhaltige Veränderung von Hartz IV zum Nutzen der Betroffenen, nicht angepackt wurden. Die einseitige Belastung von ArbeitnehmerInnen und SeniorInnen wurde durch die Bundesregierung der Jahre seit 2005 nicht zurückgenommen.

Die Reichen werden immer reicher und die Armut nimmt weiter zu. Ein Blick auf die Entwicklung der Haushaltseinkommen zeigt sehr deutlich diese Entwicklung. Bei den oberen Einkommen gab es in 10 Jahren (2005-2015) einen Zuwachs um 23%, bei den mittleren Einkommen ein Plus von 8%. Dagegen ist bei den niedrigen Einkommen eine Verschlechterung um 8% eingetreten. Die Einkommens- und Tarifpolitik bleibt damit das wichtigste Betätigungsfeld für die Gewerkschaftsarbeit – auch der AGA-Arbeit. ■

*Gerhard Mogwitz*

# Tarifbewegungen 2017/2018: Wir sind erfolgreich!

Das Ergebnis der Tarifrunde 2018 für die 75.000 Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie Niedersachsen ist seit dem 15. Februar unter Dach und Fach.

IG Metall und NiedersachsenMetall vereinbarten in Hannover die Übernahme des Pilotabschlusses vom 6. Februar in Baden-Württemberg. Bezirksleiter Thorsten Gröger: »Das ist ein ordentliches Ergebnis, mit dem wir den Durchbruch für eine moderne Arbeitszeitpolitik geschafft und zugleich kräftige Entgelterhöhungen mit einer neuen jährlichen Sonderzahlung durchgesetzt haben.«

Ein großer Erfolg sei es, so Gröger, dass die Beschäftigten jetzt einen Rechtsanspruch auf eine zeitweise Arbeitszeitreduzierung mit Rückkehrrecht hätten. Und Auszubildende erhielten künftig vor ihren Abschlussprüfungen bis zu zwei freie Tage zur Vorbereitung.

Die Tarifkommission votierte am 19. Februar nahezu einstimmig für die Annahme des Tarifergebnisses.

Der Entgelttarifvertrag hat eine Laufzeit bis 31. März 2020.

Der neue Manteltarifvertrag mit den neuen Möglichkeiten der Arbeitszeitgestaltung gilt ab 1. Januar 2019.

## Mehr Geld

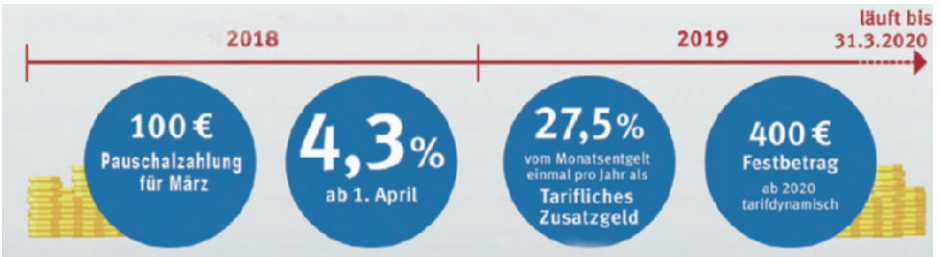
Eine Erhöhung der Entgelte soll die Beschäftigten angemessen an den Gewinnen der Betriebe beteiligen.

## Das haben wir erreicht:

- Für Januar bis März 2018 gibt es eine Pauschalzahlung in Höhe von 100 Euro (70 Euro für Azubis).
- Ab 1. April 2018 steigen die Entgelte um 4,3%.
- In 2019 (mit der Juli-Abrechnung) gibt es einen Festbetrag in Höhe von 400 Euro (Azubis 200 Euro). Dieser Betrag kann für einzelne Betriebe in wirtschaftlichen Schwierigkeiten verschoben oder ganz gestrichen werden. Dies geht aber nur mit Zustimmung der Tarifvertragsparteien.

# Der Abschluss im Überblick

**Mehr Geld und mehr Selbstbestimmung bei der Arbeitszeit**



**Arbeitszeiten, die zum Leben passen**



Complex block showing work options and reduced working hours.

**Wahloption für:**

- Kinder
- Pflege
- Schicht

Reduzierung der Arbeitszeit für bis zu 2 Jahre auf bis zu 28 Stunden pro Woche

**Anspruch auf verkürzte Vollzeit**

27,5% vom Monatsentgelt einmal pro Jahr als Tarifliches Zusatzgeld

oder

**8 Tage frei** 2 davon als Plus

- Ab 2020 beträgt diese zusätzliche tarifliche Einmalzahlung dann 12,3 Prozent der Entgeltgruppe 5 B und steigt dadurch mit jeder Entgelterhöhung. Damit ist dauerhaft eine soziale Komponente vereinbart, da die unteren Entgeltgruppen überproportional davon profitieren.
- Ab 2019 gibt es, ebenfalls mit der Juli-Abrechnung, ein neues tarifliches Zusatzgeld in Höhe von 27,5 Prozent eines Monatseinkommens als zusätzliche jährliche Sonderzahlung.

### **Anspruch auf verkürzte Vollzeit**

Mit der verkürzten Vollzeit wollten wir den Beschäftigten die Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben erleichtern und mehr Selbstbestimmung bei der Arbeitszeit erreichen.

### **Das haben wir erreicht:**

- Ab 2019 haben alle Vollzeit-Beschäftigten mit einer Betriebszugehörigkeit von mindestens 2 Jahren einen individuellen Anspruch auf »verkürzte Vollzeit« bis zu 28 Stunden in der Woche.

Der Anspruch kann in Stunden, Blöcken oder ganzen Tagen genommen werden.

- Die verkürzte Vollzeit ist für mindestens 6 und maximal 24 Monate möglich. Danach ist die Rückkehr zur 35-Stunden-Woche vorgesehen, oder man stellt erneut einen Antrag auf Verkürzung. Der Antrag ist jeweils 6 Monate vor dem geplanten Beginn zu stellen.
- Unter bestimmten Bedingungen kann der Arbeitgeber den Anspruch ablehnen. Zum Beispiel wenn bereits 10 Prozent der Beschäftigten die kurze Vollzeit nutzen.

Über den Tarifabschluss bei VW und weitere Tarifabschlüsse berichten wir in der nächsten Ausgabe. ■





# Jetzt die Petition unterschreiben!

## <https://abruesten.jetzt/>

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart.

Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, Kommunalen Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.

Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik.

**Militär löst keine Probleme.**

**Schluss damit.**

**Eine andere Politik muss her.**

Damit wollen wir anfangen:

Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.

Diese Einsichten werden wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten.

Damit wollen wir helfen, einen neuen Kalten Krieg abzuwenden. ■

**ABRÜSTEN**  
STATT  
~~AUF~~RÜSTEN

# Aus der Arbeit der Leitung des Arbeitskreises

In unseren Sitzungen in den ersten Monaten des Jahres 2018 haben wir uns unter anderem damit beschäftigt, wie die weitere Arbeit mit den Kolleginnen und Kollegen, die sich den Namen »Altmetaller« gegeben haben, gestaltet werden soll.

Von ihnen wurde der Antrag an den Ortsvorstand gestellt, einen Ausschuss für außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit (AGA) zu bilden. Dazu hat es mehrere Gespräche gegeben, um festzustellen, was wir schon alles machen und bei welchen Themen die AGA-Arbeit ausgeweitet werden könnte.

Wir konnten feststellen, dass neben dem Arbeitskreis Seniorinnen und Senioren auch die Arbeit der Versichertenältesten, die Arbeit »Metaller helfen Metallern« und die Betreuung der Arbeitslosen dazugehören. Es ist also schon einiges vorhanden. Einiges könnte eventuell gebündelt und gezielter weiterentwickelt werden.

Ein weiteres Arbeitsfeld ergibt sich aus der Betreuung von Mitgliedern in Kleinstbetrieben, die nicht durch bestehende betriebliche Strukturen erreicht werden. Die Angebote zu gewerkschaftlicher Bildung sind ausbaufähig.

Nach ausführlicher Diskussion sind wir zum Ergebnis gekommen, dem Ortsvorstand vorzuschlagen, einen »Arbeitskreis Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit« zu bilden.

Aus der gemeinsamen Diskussion aller Beteiligten wird ein Arbeitspapier geschrieben und den Bevollmächtigten und dem Ortsvorstand vorgelegt.

Wir haben auch den Vorschlag entwickelt, dass jede Teilgruppe eine Kollegin oder einen Kollegen benennt, die dann die Aufgaben des neuen »Arbeitskreises für außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit« koordinieren. Dazu ist es wichtig, sowohl die Unterstützung von hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen zu haben als auch die von Funktionären in den Betrieben.

Über die weiteren Schritte dahin werden wir informieren. Wir verbinden damit die Hoffnung, weitere Kolleginnen und Kollegen für die Mitgliederbetreuung gewinnen zu können. ■

*Gerhard Mogwitz*





TeilnehmerInnen eines Treffens zur Gründung eines AGA-Ausschusses am 3. April 2018

## **Bericht** von der Delegiertenversammlung am 17. Februar 2018

In seinem Bericht ging der Kollege Dirk Schultze u.a. auf die neue Bundesregierung und den Koalitionsvertrag ein. Zunächst blieb festzustellen, dass wir zwar schon am 24. September 2017 die Bundestagswahl hatten, die Regierungsbildung bis jetzt aber angedauert habe. Zudem müssten über den zwischen CDU, CSU und SPD ausgehandelten Koalitionsvertrag bzw. die Bildung einer erneuten großen Koalition noch die Mitglie-

der der SPD abstimmen. Er sagte, zwar seien einige der Forderungen der Gewerkschaften aufgenommen worden, wie z.B.:

- Die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung,
- Verhinderung des weiteren Absinken des Rentenniveaus oder
- allgemein die Stärkung der Tarifbindung.

Doch wesentliche Forderungen der Gewerkschaften würden nicht erfüllt, wie:

- Prekäre Beschäftigungsverhältnisse blieben weiter bestehen.
- Die »schwarze Null« verhindere notwendige öffentliche Investitionen.
- Einschränkung der Zuwanderung werde fortgesetzt, statt eines Bekenntnisses für ein Einwanderungsland.
- Weiterhin kein erzwingbares Mitbestimmungsrecht für Betriebsräte bei der betrieblichen Weiterbildung.

Klar wird dabei: Dies sind keine großer Schritte für Verbesserungen. Darum gilt für uns als Gewerkschaften die weitere Entwicklung der neuen »GroKo« nicht zu ignorieren, unsere Positionen deutlich zu sagen und dadurch Druck auf die neue Bundesregierung auszuüben.

Ein weiterer Schwerpunkt des Berichtes waren die Vorbereitungen auf die in diesem Jahr stattfindenden Betriebsratswahlen. Es sei wichtig, die Positionen der gewählten Betriebsräte zu stärken und die Qualität der Arbeit der Interessenvertretungen stärker mit der IG Metall zu verbinden.

Kollege Dudzik erinnerte in seinem Bericht an die erfolgreiche Demonstration gegen Intoleranz und Ausgrenzung anlässlich des Parteitages der AfD am 2. Dezember 2017 in Hannover. Es gelte auch weiterhin wachsam zu sein und der Entwicklung zu rechtspopulistischen Einstellungen entgegenzuwirken.

In einzelnen Betrieben konnten erfolgreich Tarifverträge durchgesetzt werden, wo keine bestanden oder gekündigt waren.

**BETRIEBSRATS  
WAHL**  
**FÜR**  
**UNS**



Die Mitglieder- und Beitragsentwicklung sei stabil geblieben, aber aufgrund der hohen Ausgaben für Arbeitskampfmaßnahmen und die Ausgaben für die anstehenden Betriebsratswahlen sei erkennbar, dass die Ausgaben der ersten Monate des Jahres 2018 die Einnahmen weit übersteigen werden. Mitgliederwerbung und Anhebung der Beiträge ist auch weiterhin eine wichtige Aufgabe.

Berichtet wurde auch, dass der Kollege Zwiebler, der auch bei VW Nutzfahrzeuge ausgeschieden ist, nun nicht mehr dem Ortsvorstand anhört. Für ihn wurde der Kollege Stavros Christidis, auch im BR bei VWN, neu in den Ortsvorstand gewählt.

Die Kollegin Martina Manthey von der Bezirksleitung der IG Metall informierte über die Ergebnisse der Tariffbewegung 2017/2018 in der Metall- und Elektroindustrie, das am 15. Februar ausgehandelt wurde. So konnten wir als Delegierte schon vor der Sitzung der Tarifkommission in der Folgewoche die wichtigsten Ergebnisse erfahren.

Kollegin Manthey erinnerte an den Widerstand der Arbeitgeberverbände zu Beginn der Tarifausinandersetzungen. »Wir zahlen nicht für Nichtstun«, war eine in die Öffentlichkeit getragene Parole von



denen. Sie sind gegen unsere berechtigten Forderungen sogar vor Gericht gezogen! Aber das war ist mit dem Tarifabschluss vom Tisch.

Kollegin Manthey berichtete, ohne die hohe Beteiligung bei den Warnstreiks wäre das Ergebnis nicht so schnell und bei der Höhe der Entgelte nicht durchsetzbar gewesen. Sie erinnerte daran, dass unsere Forderungen auch aus den Ergebnissen der Beschäftigtenbefragung 2017 resultierten, insbesondere die Fragen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit.

Hier sei ein Einstieg gelungen, der es Mitgliedern ermöglicht, aus persönlichen Gründen die Arbeitszeit vorübergehend zu kürzen. Das entspricht den Wünschen vieler, die wegen ihrer Kinder oder der Pflege von Familienmitgliedern mehr arbeitsfreie Zeit benötigen und durch die neuen Tarifverträge eine Rechtsanspruch darauf haben. Mit der Anhebung der Entgelte um 4,3% ab 1. April 2018 waren die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben auch einverstanden. ■

*Gerhard Mogwitz*

# Wo bleibt das Geld?

Um den Staatshaushalt zu finanzieren, benötigt der Staat Steuereinnahmen. Die Konjunktur beeinflusst die Höhe der Einnahmen.

Außergewöhnliche Vorkommnisse, wie etwa die Bankenkrise, in der der Staat riesige Bürgschaften übernommen hatte, belasten den Staatshaushalt und damit uns alle.

Diese Entwicklung hat den Staat sehr viel Geld gekostet, man hört aber nur wenige, die sagen »Wegen der Bankenzocker können wir nun keine Schulen mehr sanieren, Kitaplätze schaffen oder Schwimmbäder erhalten.«

Obwohl die Bankenkrise ungleich mehr Kosten verursacht hat als die Hilfe für Geflüchtete. Für einen Geflüchteten wird bei uns im Durchschnitt 1.000 Euro pro Monat ausgegeben. Davon bekommt ein/e Geflüchtete/r, der/die sich im Anerkennungsverfahren für Asyl befindet, 135 Euro Taschengeld und Asyl-Anerkannte Menschen Arbeitslosengeld 2 (»Hartz IV«). Das entspricht 404 Euro monatlich (Quelle: Berliner Morgenpost). Dies kann unser Staat auch in der Summe verkraften.

Um den Staatshaushalt sanieren zu wollen, gibt es andere (auch gesetz-

liche) Möglichkeiten, die zur Verfügung stehen. Eine Möglichkeit wäre, Steuerflüchtige zur Rechenschaft zu ziehen. Laut der Erhebungen der EU-Kommission kosten Steuerflüchtige die Europäische Union jährlich 1.000 Milliarden! Das ist nicht mehr verkraftbar und ein Skandal!

Wer gehört zu den Steuerflüchtigen? In erster Linie Großkonzerne wie z.B. Google, Apple, Starbucks, Amazon, McDonalds, Facebook, IKEA. Diese Unternehmen werden von international tätigen Steuer- und Wirtschaftsprüfungskanzleien unterstützt, die darauf spezialisiert sind Steuern zu vermeiden.

Wie funktioniert das? Die Gewinne werden nicht im jeweiligen Land versteuert, sondern in »Steuerparadiesen« wie bspw. Luxemburg, den Bermuda- oder Kaimaninseln. Ein Beispiel dafür: Starbucks hat eine Zentrale in den Niederlanden, an die regionale Gewinne (z.B. in Deutschland) als sog. »Lizenzgebühren« entrichtet werden, so dass der zu versteuernde Gewinn bei uns im Land gleich Null ist.

Da fragt sich doch jeder normale Bürger, warum die EU die Steuer-schlupflöcher nicht schließt.

Eine wirksame Möglichkeit wäre es, Umsätze, die im jeweiligen Land erzielt werden, zu versteuern. Eine weitere Möglichkeit wäre die Wiedereinführung der Vermögenssteuer!

Gemessen an unserer Wirtschaftsleistung, dem sog. Bruttoinlandsprodukt (BIP), ist die Besteuerung der Vermögen in keinem großen Industriestaat so gering wie in Deutschland. Der britische Staat verlangt von den Reichen 6 Mal so viel Steuern wie der deutsche Staat. Unter allen 34 OECD-Mitgliedern liegt Deutschland auf Platz 25, mit einem BIP-Anteil von 0,6%.

Vorne liegen nicht etwa die Sozialstaatsbefürworter wie Frankreich, sondern GB 3,6, Kanada 3,3 und 3,2 USA BIP-Anteil (Quelle: Süddeutsche Zeitung).

Wenn man zu den vorgeschlagenen Steuermehreinnahmen auch noch eine angemessene Erbschaftssteuer in Deutschland erheben würde, könnte der Staat wesentlich mehr in die Erneuerung der öffentlichen Infrastruktur investieren. Beispiele dafür sind: Marode Straßen und Schulen. Zudem: Kinderarmut abschaffen, Bildung fördern und Altersarmut verhindern. ■

*Wolfgang Kresse*

## Freunde sterben nicht wirklich, aber immer viel zu früh

Wir trauern um unseren am 15. Januar 2018 verstorbenen Kollegen **Friedrich (Friedel) Arlt**

Friedel hat immer sehr aktiv und mit viel Einsatz an der Seniorenarbeit des IG Metall Seniorenaktivkreises Ricklingen teilgenommen. Jetzt ist sein Platz für immer leer.

Wir werden ihn nie vergessen.

*Die Kolleginnen und Kollegen des IG Metall Seniorenarbeitskreises Ricklingen*



# Termine und Kontakte

Die PDF dieses SeniorInnen-Info und mehr findet ihr unter <http://www.igmetall-hannover.de/gruppen-gremien/senioren/>

## Barsinghausen

Die Seniorinnen und Senioren aus Barsinghausen treffen sich jeden 2. Mittwoch im Monat von 14.00 bis 16.30 Uhr in der Sportgaststätte Goltern, Ohweg 21, 30890 Barsinghausen.

### Ansprechpartner:

Gerhard Mast, Tel. 05105 / 3714

### Programmorschau:

- 9. Mai: Alterswohnsitz und Soziales, Dirk Swinke, SoVD, Geschäftsführer Hannover-Land
- 13. Juni: Aktuelles zur Rentenpolitik, Thorsten Gröger, IGM-Bezirksleiter für Niedersachsen und Sachsen-Anhalt
- 11. Juli: Besuch des NDR Hannover, Bernd Kerber, Besucherdienst, i.A.
- 8. August: Sommerfest am Naturfreundehaus Barsinghausen

## Ricklingen

Die Aktiv-Gruppe trifft sich 14-tägig dienstags von 9.30 bis 12.00 Uhr in den Räumen des Stadtteilzentrums Ricklingen (ehemals Freizeitheim Ricklingen), Ricklinger Stadtweg 1.

## Ansprechpartnerinnen:

Erika Sommerfeld,  
Tel. 0511 / 49 64 78  
Rosi Gučia, Tel. 0511 / 46 85 69  
Charlotte Lampe, Tel. 05131 / 4 84 56 65

### Programmorschau:

- 19. Juni: Aktuelles aus dem Bundestag, Matthias Mirsch, MdB SPD
- 31. Juli: Bericht von der Arbeitstagung in Hustedt, Heinz Jewski, AKL

## Stöcken

Die Seniorengruppe Stöcken trifft sich jeden letzten Donnerstag im Monat von 14.00 bis 16.00 Uhr in der Begegnungsstätte Herrenhausen, Herrenhäuser Str. 54.

### Ansprechpartner:

Rolf Bode, Tel. 0511 / 46 67 92

### Programmorschau:

- 31. Mai: Rentensysteme – Rentenerhöhungen, N.N.
- 28. Juni: Ergebnisse der Tarifbewegungen 2018, Andreas Nolte, IG Metall Hannover



# Leitung des Arbeitskreises Seniorinnen und Senioren

Viktor Wittke, Sprecher des Arbeitskreises, Tel. 05171 / 2 33 20

Gerhard Mogwitz, stellv. Sprecher, Kontakt zu DGB-Senioren Region Hannover,  
Tel. 0511 / 4 75 02 75

Jürgen Wunnenberg, Schriftführer, Tel. 0511 / 3 50 76 02

Rolf Bode, Sprecher der Arbeitsgruppe Stöcken, Tel. 0511 / 46 67 92

Rose-Marie Gucia, Sprecherin der Arbeitsgruppe Ricklingen, Versichertenälteste,  
Tel. 0511 / 46 85 69

Heinz Jewski, Kontakt zum bezirklichen AGA-Ausschuss und zum AGA-Ausschuss Bund,  
Tel. 0511 / 44 62 39

Gerhard Mast, Sprecher der Arbeitsgruppe Barsinghausen, Tel. 05105 / 3714

Wolfgang Kresse, Redaktion SeniorenInfo, Kontakt zu DGB-Senioren Bezirk,  
Kontakt zum bezirklichen AGA-Ausschuss, Tel. 0162 / 2 84 83 45

Erika Sommerfeld, Sprecherin der Arbeitsgruppe Ricklingen, Versichertenälteste,  
Organisatorin von Veranstaltungen, Fahrten, Besichtigungen, Tel. 0511 / 49 64 78

## Kontakt zum SeniorInnen-Info-Redaktionsteam

Wolfgang Kresse, wollekresse@gmail.com, Tel. 0162 / 2 84 83 45

oder Klaus-Dieter Harte, KD.harte@web.de, Tel. 05131 / 9 68 59

### Erscheinungsweise:

jeweils im zweiten Monat eines Quartals (Februar, Mai, August, November)

**Redaktionsschluss:** jeweils am 10. des Vormonats (Januar, April, Juli, Oktober)

## www.IGMetall-Hannover.de

IG Metall Hannover, Postkamp 12, 30159 Hannover

hannover@igmetall.de, Telefon 0511 / 12 402 - 0

Telefonische Erreichbarkeit: Montag bis Donnerstag 8.00 bis 16.30 Uhr,

Freitag 8.00 bis 13.00 Uhr

Ansprechpartner für die SeniorInnen-Arbeit:

Andreas Nolte, Tel. 0511 / 12 402 - 42, andreas.nolte@igmetall.de

Persönliche Rentenberatung (nur mittwochs) und Rechtsberatung nach vorheriger

Terminvereinbarung. Rentenberatung der Deutschen Rentenversicherung bei der

IG Metall: Sigrid Latzel, Tel. 0511 / 48 66 99 oder 0171 / 4 21 61 03

und Michael Zyla, Tel. 0160 / 8 44 77 72



Hannover



Hannover

# Einladung

## Soziale Gerechtigkeit in Zeiten der neuen »GroKo«

**Referent: Torsten Hannig, Regionsgeschäftsführer  
DGB-Region Niedersachsen Mitte**

**Die Veranstaltung (SeniorInnen-VV) findet statt  
am Donnerstag, 3. Mai 2018, 14 Uhr,  
»Rotation« (ver.di-Höfe), Goseriede 10, Hannover**

Seit dem 14. März besteht eine neue Bundesregierung, die sogenannte »GroKo«. Diese Koalitionsregierung besteht aus SPD, CDU, CSU. Im Vergleich zu 2013 ist diese GroKo nach der Bundestagswahl 2017 deutlich geschrumpft: von knapp 80 auf 56,3 Prozent der Sitze im Bundestag.

Was plant die neue Bundesregierung sozialpolitisch?

Was plant sie steuerpolitisch?

Wem soll das zugutekommen? Ist es Friedenspolitik, wenn der Rüstungshaushalt in Zukunft verdoppelt werden soll?

Wie hat sich der DGB dazu positioniert?

Was werden die Forderungen des DGB – mit Blick auf den bevorstehenden Bundeskongress – dazu sein?